

Obama wagt sich zu Recht in Teufels Küche

Die IS-Jihadisten haben die USA zu einer militärischen Intervention in Syrien provoziert. Trotz allen Risiken muss der Westen endlich handeln. Von Christian Weisflog

Barack Obama tut in Syrien endlich das, was die Falken in Washington schon lange fordern: Der amerikanische Präsident greift militärisch ein. Zum Unmut der gemässigten syrischen Rebellen lässt Obama allerdings nicht auch die Truppen des Diktators Bashar al-Asad bombardieren, den der Westen und die Golfstaaten eigentlich stürzen wollten. Vorrangiges Ziel der Luftangriffe ist die Terrormiliz Islamischer Staat (IS). «Diese Killer verstehen nur die Sprache der Gewalt», sagte Obama am Mittwoch vor der Uno-Generalversammlung. Aber kann Gegengewalt von aussen in Syrien wirklich zum Frieden führen?

Gefährliches Lauffeuer

Es ist ein Faktum, dass sich im Nahen Osten ein Lauffeuer entzündet hat, dem der Westen nicht entfliehen kann. Er muss sich an den Löscharbeiten beteiligen. Sei es, weil es sein Gewissen nicht zulässt, tatenlos zuzusehen, wie ganze Volksgruppen und religiöse Minderheiten massakriert und Frauen systematisch vergewaltigt werden. Sei es, weil er um seine Sicherheit fürchten muss, wenn seine eigenen Bürger in den heiligen Krieg ziehen und als tickende Zeitbomben zurückkehren. Oder sei es aus ökonomischen Interessen an Frieden in einer Region, in der die grössten Erdölreserven der Welt lagern. Die Lehre aus dem Einsatz in Afghanistan und dem zweiten Irakkrieg kann nicht sein, nichts zu tun. Die liberale und demokratische Welt muss es besser machen.

Die Gefahr ist allerdings gross, dass der Westen sich erneut die Finger verbrennt, und die Lage ist keineswegs einfacher geworden. Hätten Amerika und Europa in den vergangenen drei Jahren die Finanzierung der syrischen Rebellen nicht hauptsächlich den Golfstaaten überlassen und schlagkräftige Waffen geliefert, wäre vielleicht Asads schneller Sturz möglich und ein Abdriften ins aktuelle Kriegselend zu verhindern gewesen. Vielleicht wäre es aber auch mit Asads Sturz zu einer anarchischen Situation wie heute in Libyen gekommen, oder es hätte ein Wettrennen um Waffenlieferungen mit Russland gedroht.

Einfache Handlungsanleitungen gibt es auch jetzt nicht. Das Lauffeuer in Syrien und im Irak wird mit unterschiedlichen Brennstoffen genährt. Da ist zunächst der innerislamische Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten, der durch die Rivalität der

beiden Regionalmächte Saudiarabien und Iran verstärkt wird. Hinzu kommen der immer noch ungelöste israelisch-palästinensische Konflikt und jihadistische Ideologen, die nur davon träumen, die USA mit öffentlich inszenierten Enthauptungen amerikanischer Bürger in einen weiteren Krieg zu ziehen.

Tatenlosigkeit ist keine Alternative

Obama weiss um diese Komplexität. Indem sich auch muslimische Länder wie Saudiarabien, Jordanien und Katar an der Offensive gegen den IS beteiligen, sollen die Feinde der USA möglichst wenig Angriffsfläche erhalten. Der amerikanische Präsident hat zudem angekündigt, in grösserem Masse syrische Kämpfer auszubilden und zu bewaffnen. Allerdings nicht, um Asad zu stürzen, sondern um ein «Gegengewicht» zum Regime in Damaskus und zur Terrormiliz IS zu bilden. So will Obama zumindest die gemässigten Konfliktparteien wieder an den Verhandlungstisch zwingen: «Es kann nur eine politische Lösung geben.»

Diese Ansage ist wohl auch ein Signal an Iran, dass seine Interessen bei einer Kompromisslösung berücksichtigt werden. Wie schwierig die Bildung einer ethnisch und religiös gemischten Regierung im Nahen Osten ist, hat sich jedoch im Irak gezeigt. In Syrien dürfte dies nach dem brutalen Bürgerkrieg noch schwieriger werden. Die mehrheitlich sunnitischen Rebellen haben stets betont, dass sie die Waffen nur niederlegen, wenn Asad abtritt. Wenn es um seine Macht geht, kennt aber auch Asad nur die Sprache der Gewalt. Lange Zeit ging der Diktator kompromisslos gegen die moderateren Rebellen vor, während er den IS gewähren liess. Zumindest passiv hat Asad das Monster also mitgeschaffen, in dessen Schatten er selbst nun harmloser erscheint.

Es ist zudem fraglich, ob Washington überhaupt noch genügend gemässigte Kämpfer findet, die bereit sind, für ein demokratisches Syrien gegen den IS und Asad in den Krieg zu ziehen. Kommt hinzu, dass die Ausbildung erst nächstes Jahr in Saudiarabien beginnen dürfte, einem Land mit einer rigiden islamischen Gesellschaftsordnung.

Doch auch wenn die Lage hoffnungslos scheint, ist Tatenlosigkeit keine Alternative. Oder wie Obamas früherer Verteidigungsminister Leon Panetta kürzlich meinte: «Man muss irgendwo anfangen.»

Eine Bande von Kopfabschneidern

Der sogenannte Islamische Staat suggeriert religiöse Herrschaft mit politischem Gestaltungswillen. Seine Methoden zeugen von profanem Gangstertum. Von Markus Spillmann

Die Tat ist archaisch grausam. Und massenmedial perfekt für die Moderne inszeniert. Einer Person wird bei lebendigem Leibe der Kopf abgeschnitten. Die Tötung wird per Handy gefilmt und global über das Internet verbreitet. So werden wir dank sozialen Netzwerken Zeuge einer Realität, die wir bisher höchstens als gruselige Fiktion erlebt haben. Das Ritual erinnert an das mittelalterliche Schlachten von Tieren, an Faustrecht, an einen zivilisatorischen Zustand, den man eigentlich überwunden glaubte.

Zufälligkeit als Mittel des Terrors

Die Täter bekennen sich als Kämpfer des Islamischen Staates (IS) – oder eines seiner Ableger und Nachahmer, wie jüngst in Algerien. Die Kopfabschneider treten verumumt auf, ihre Tat wortreich rechtfertigend, verbunden mit Forderungen, auf die keine staatliche Autorität von Verstand eingehen kann und eingehen darf. Sie entführen und sie töten wahllos Wanderer, Journalisten, Hilfswerk-Mitarbeiter. Sie quälen im Namen Allahs, geben vor, ein religiöses Motiv zu haben, das sie über ihre Opfer erhebt und exkulpiert. Und auch wenn es so wirkt, als sei deren Nationalität relevant für die grausige Selektion, so wirkt es höchst zufällig, wen es trifft. Zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort – die Häsher sind nicht wählerisch, sie scheuen auch nicht davor zurück, ganze Gruppen, auch Frauen und Kinder, mit dem Tod zu bedrohen.

Das ist feige, es ist grausam, aber es ist in hohem Masse effizient und durchdacht. Es passt in die Logik einer auf Gewalt fussenden «Staatlichkeit», wie sie der IS in den von ihm kontrollierten Gebieten ausübt. In Afghanistan haben die Taliban ähnlich agiert; auch dort richtete sich der tägliche Terror gegen Andersdenkende und «Ungläubige», die unter Johlen und Klatschen in Fussballstadien öffentlich gesteinigt wurden. Von Irrsinn geprägt ist das Ziel; die Methode jedoch ist rational, weil perfekt auf ein Maximum an Wirkung ausgelegt. Die öffentliche und möglichst schockierende Tötung eines Einzelnen gehorcht der gleichen Logik wie der wahllose Terror gegen Massen, ob dieser durch Bomben, durch Entführungen oder durch Geiselnahme auch eines ganzen Volkes verübt wird.

Terror ist immer auch eine Kommunikationsstrategie: Er dient dazu, den Gegner einzuschüchtern und gleichzeitig die Öffentlichkeit auf die eigenen Motive und Begründungen hinzuweisen. Das unterscheidet den IS nicht von Terrorgruppen wie etwa der RAF im Deutschland der siebziger Jahre. Ein Phänomen der jüngsten Vergangenheit aber ist,

dass klare politische Ziele fehlen. Entsprechend werden nicht gezielt Repräsentanten staatlicher Macht attackiert, sondern bewusst «weiche» Ziele wie Touristen, Geschäftsleute; normale Bürger eben. Nicht wer zum Opfer wird, ist relevant, sondern auf welche Weise die Tat verübt wird. Die Wirksamkeit dieser Form des Terrors wird also in hohem Masse durch das Spektakel, den Effekt bestimmt – ihm hat die Dramaturgie zu folgen, nicht einem höhergesteckten Ziel, wo den Tätern aus ihrer Sicht der Terror quasi als «einzige Waffe» aufgezwungen wird, um ihre Anliegen durchzusetzen.

Es gibt sie auch hierzulande, die Stimmen, die in falscher Empathie für die angeblich «legitimen» Ziele solcher Gruppierungen zwar deren Methoden verurteilen, ihnen aber hehre Motive zubilligen. In der Tat kann man es also ebenso feige bezeichnen, wenn amerikanische Soldaten vom klimatisierten Bunker in Arizona aus mit ferngesteuerten Drohnen Terrorverdächtige in der jemenitischen Wüste töten und dabei auch zivile Opfer in Kauf nehmen, weil die «Chirurgie» des Raketenangriffes nicht präzise genug war. Der feine Unterschied in einer solchen Argumentation aber bleibt, dass das eine dem Kampf gegen die Bedrohung von Freiheit und Menschenwürde dient, welche das andere – weil als lässlich und dekadent empfunden – gewaltsam zerstören will. So kann es nie eine schlüssige Begründung dafür geben, warum ethnische Minderheiten, ja ganze Völker, stellvertretend für den Teufel USA bluten sollen – wie etwa die Jesiden im Irak.

Profane Verbrecher

Was bleibt, ist die bittere Erkenntnis, dass fast zwanzig Jahre nach dem Auftauchen des Kaida-Terrorismus dieser in noch perfekterer Form weiterlebt. Auch er ist in das Gewand islamistischen Fanatismus gekleidet, was ihn besonders perfid macht, weil er Glauben pervertiert auslegt und damit auch all jene bedroht, die als Muslime weder die Ziele noch die Methoden solch selbsternannter Staatlichkeit gutheissen. Ihnen und den Terroropfern sollte unsere ganze Aufmerksamkeit gelten; nicht den Taten, nicht den Tätern. So handelt fatal, wer Tötungsvideos verbreitet, den Tätern Plattformen für ihre krude Weltsicht bietet und so der Propaganda Vorschub leistet.

Totschweigen lässt sich das Phänomen nicht. Aber beim Namen nennen sehr wohl. Staatlich ist am IS wenig; vielmehr handelt es sich um eine Bande von Kopfabschneidern. Profane Verbrecher eben, wenn auch der sehr gefährlichen Sorte.

Das Stimmvolk soll den Sprachenstreit klären

Ein Referendum gegen die Einmischung des Bundes in die kantonale Autonomie würde die Schweiz spalten. Die Befürworter der Landessprachen dürften die Abstimmung aber locker gewinnen. Von Nenad Stojanović

Noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war in der Südschweiz die Sorge in Bezug auf die Errichtung privater deutschsprachiger Schulen sehr gross. Heute gibt es keine solche Schule im Tessin mehr. Denn das Bundesgericht hat in der Regel für eine strikte Anwendung des Territorialprinzips zugunsten der Sprachminderheiten entschieden. Das ging so weit, dass das oberste Schweizer Gericht 2012 die Entscheidung der Tessiner Behörden bestätigte, welche einer italienischsprachigen Familie untersagten, ihre Tochter in eine private englischsprachige Schule zu schicken. Gemäss dem Bundesgericht steht die «Verteidigung der Italianità» klar im öffentlichen Interesse und überwiegt so private Präferenzen. Das Bundesgericht räumt zwar ein, dass die englische Sprache die Italianità des Tessins nicht gefährde. Es unterstreicht aber «die Notwendigkeit, die «Sprachüberfremdung einzudämmen» und «die offizielle Sprache des Gebiets gegenüber allen Fremdsprachen zu schützen».

Das Bündner Sprachengesetz als Beispiel

In der Schweiz haben es die sehr weitgehende kantonale Autonomie und die strikte Anwendung des Territorialprinzips ermöglicht, dass es nicht zu einer Germanisierung der französischen und italienischen Schweiz gekommen ist. Ohne diese Autonomie wäre die Geschichte anders verlaufen, wie der ständige Rückzug des Rätomanischen zugunsten der deutschen Sprache in Graubünden beweist, wo es zu keiner konsequenten Anwendung

des Territorialprinzips kam. Es ist denn auch eine Ironie der Geschichte, dass in den letzten Wochen ausgerechnet ein Angriff auf die kantonale Autonomie vorgeschlagen wurde, um die Minderheitensprachen zu verteidigen. Die Entscheidung des Kantons Thurgau, den (obligatorischen) Französischunterricht in der Primarschule abzuschaffen, hat nämlich gezeigt, dass die kantonale Autonomie nicht immer zum Vorteil der Minderheiten ist. Immer mehr Stimmen verlangen vom Bund, sich in die kantonalen Unterrichtsprogramme einzumischen, wie es der neue Bildungsartikel der Bundesverfassung erlaubt. Konkret könnte dies über eine Revision des Sprachengesetzes gelingen. Eine solche Reform untersteht aber dem fakultativen Referendum. Welches Lager würde eine solche Abstimmung gewinnen? Würde sie eine emotionale Debatte über Sprache und Identität auslösen oder sogar einen «Krieg der Sprachen»?

Auf Bundesebene gab es bis heute nur wenige Abstimmungen, die direkt mit der Sprachpolitik zu tun hatten. Der eher symbolischen Anerkennung des Rätomanischen als «Landessprache» im Jahre 1938 haben 92 Prozent der Stimmenden und alle Kantone zugestimmt. 1996 wurde eine Revision des Sprachenartikels in der Bundesverfassung angenommen, wonach der Bund u. a. Massnahmen der Kantone Graubünden und Tessin «zur Erhaltung und Förderung der rätomanischen und der italienischen Sprache» unterstützt. Auch in diesem Fall war die Zustimmung hoch (76 Prozent). Interessanterweise fand die Vorlage ausgerechnet in Graubünden eine relativ hohe Ablehnung (32 Pro-

zent), und zwar vor allem in deutschsprachigen Gemeinden. Noch bedeutender ist das Beispiel des Bündner Sprachengesetzes, dessen Ziel hauptsächlich der Erhalt der rätomanischen Sprache in ihren traditionellen Gebieten und in der Verwaltung ist. Obwohl das Gesetz 2006 einstimmig im Kantonsparlament angenommen wurde, stimmten in der Referendumsabstimmung von 2007 nur 54 Prozent dem Gesetz zu. Die Akzeptanz war erwartungsgemäss hoch in den italienisch- und rätomanischen Gemeinden, in sämtlichen deutschsprachigen Gemeinden waren aber die Nein-Stimmen in der Mehrheit. Dass das Gesetz trotzdem angenommen wurde, ist nur der Tatsache zu verdanken, dass eine starke Minderheit der Deutschbündner dem Gesetz zugestimmt hatte.

Diese Beispiele erlauben es, eine Prognose für eine allfällige Abstimmung auf Bundesebene zu wagen. Aufgrund der bisherigen Parolen ist davon auszugehen, dass die grosse Mehrheit der lateinischen Schweiz dem obligatorischen Unterricht einer zweiten Landessprache in der Primarschule zustimmen würde. Die Deutschschweiz wäre in zwei etwa gleich grosse Lager gespalten: Parteipolitisch werden sich die SP, die Grünen und wohl auch Teile der CVP und der FDP für die Landessprachen in der Primarschule aussprechen, regional dürfte v. a. die Bevölkerung in denjenigen Kantonen, wo schon heute Französisch vor dem Englischen in der Primarschule unterrichtet wird, zustimmen (Bern, beide Basel, Solothurn, deutschsprachige Gebiete im Wallis und in Freiburg). Die Akzeptanz sollte auch in urbanen Zentren der

übrigen Deutschschweiz über dem Durchschnitt liegen. Insgesamt ist von einer klaren Annahme der Revision auszugehen. Nur wenn mehr als 60 Prozent der Deutschschweizer sie ablehnen, fände die Reform national keine Mehrheit.

Das Paradox der direkten Demokratie

In der direkten Demokratie besteht stets die Gefahr, dass Minderheiten überstimmt werden. Es ist aber ein glückliches Paradox der Schweizer Erfahrung mit den Volksrechten, dass die Sprachminderheiten (im Unterschied zu religiösen Minderheiten) kaum unter direktdemokratischen Entscheidungen gelitten haben – diese haben umgekehrt den gemeinsamen schweizerischen Demos geformt und den nationalen Zusammenhalt gestärkt. Auch vor einer nationalen Abstimmung über den Sprachenstreit sollte man deshalb keine Angst haben, anders als die Waadtländer Bildungsdirektorin Anne-Catherine Lyon, die vor einer «Zerreissprobe» warnt. Im Gegenteil: Eine Abstimmung würde erlauben, eine echte nationale Debatte über Vor- und Nachteile der Mehrsprachigkeit, ja über die Identität des Landes zu führen. Wenn die Befürworter der Landessprachen in der Primarschule die Abstimmung klar gewinnen, wäre dies ein starkes Bekenntnis für eine mehrsprachige Schweiz.

Nenad Stojanović ist Senior Research Fellow am Zentrum für Demokratie Aarau und Lehrbeauftragter an den Universitäten Genf, Lausanne und Zürich.